

Pressemitteilung

BÖB kritisiert massive Kürzung der erfolgreichen SGFFG-Förderung

Berlin, 16. Januar 2024: 73,5 Millionen Euro – noch im November 2023 haben sich die Binnenhäfen über diese Rekordsumme für Förderungen nach dem Schienengüterfernverkehrsförderungsgesetz (SGFFG) gefreut und bei SPD, Grünen und FDP bedankt. Ausgehend von nur 25 Mio. Euro zum Anfang der Wahlperiode hatte die Regierungskoalition das dauerhaft überzeichnete Förderprogramm für die Haushalte 2022 und 2023 jeweils deutlich aufgestockt. Mit der Bereinigungsvorlage zum Bundeshaushalt 2024 vollzieht die Bundesregierung nun eine Kehrtwende und streicht fast 50 Millionen Euro.

BÖB-Geschäftsführer Marcel Lohbeck: „Die SGFFG-Förderung ist bisher eine Erfolgsgeschichte. Die vergleichsweise kleinen Förderbeträge entfalten jeweils große Wirkung und das bereits kurz- bis mittelfristig. BÖB, ZDS und VDV hatten deshalb in ihren schienenpolitischen Vorschlägen für eine Ausweitung der Förderung auch auf Neu- und Ausbau in Häfen geworben. Denn die Nachfrage ist weiterhin enorm. Viele unserer Mitgliedshäfen haben in Erwartung der neuen Förderperiode 2024 bereits Anträge vorbereitet.“

Die nun drohende massive Kürzung der Mittel ohne Vorwarnung und auch ohne sachliche Begründung würde faktisch das „Aus“ für viele Anträge bedeuten.

Außerdem würde die Bundesregierung nicht nur das SGFFG als zentrales Förderinstrument für die nicht bundeseigenen Eisenbahnen abwerten, sondern auch ihre klima- und verkehrspolitischen Ziele konterkarieren.

Denn Häfen als trimodale Logistikknoten sind Garantien für Verkehrsverlagerung von Straße auf Schiene und Wasserstraße, und das geht nur mit modernen Gleisen. Ebenso braucht der Bund die NE-Bahnen als Ausgleichsstrecken während der Generalsanierung des bundeseigenen Netzes.

Verlässlichkeit bei finanziellen Zusagen und Planungssicherheit sind Grundvoraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Binnenhäfen und für die von allen gewollte umweltfreundliche Verkehrsverlagerung. Wie der Verband deutscher Verkehrsunternehmen appellieren die Binnenhäfen daher an die Bundesregierung und an die Haushalts- und Verkehrspolitiker/-innen, diese Ziele nicht aufzugeben und die SGFFG-Förderung in vollem Umfang beizubehalten.“

Ihr Ansprechpartner für Rückfragen:

Marcel Lohbeck
Geschäftsführer

Bundesverband Öffentlicher Binnenhäfen e. V.
Hauptgeschäftsstelle
Leipziger Platz 8
10117 Berlin

Tel.: 030 / 398 858 74

Web: www.binnenhafen.de

Zweigstelle
Haus Rhein
Dammstraße 15-17
47119 Duisburg

Der Bundesverband Öffentlicher Binnenhäfen e. V.

Die Sicherung einer nachhaltigen Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Güterverkehr und Logistik gewährleisten die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und den Wohlstand der Menschen. Die Zukunft des Standorts Deutschland und die Umweltbilanz des Verkehrs werden maßgeblich beeinflusst durch den intelligenten Verbund der Verkehrsträger Wasserstraße, Schiene und Straße. Wesentliche Schnittstellen zwischen diesen Verkehrsträgern sind die Binnenhäfen. Binnenhäfen entwickeln und betreiben leistungsfähige Verkehrs- und Logistikinfrastruktur. Sie sind ideale Standorte für Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen. Das Angebot der Häfen reicht von der Bereitstellung hochwertiger Flächen und Immobilien über den Betrieb von Umschlaganlagen bis zur Organisation effizienter Logistikketten. Rund 90 Häfen in Deutschland bilden das Rückgrat des Bundesverbandes Öffentlicher Binnenhäfen (BÖB) mit Sitz in Berlin. Der BÖB ist Mitglied im Europäischen Verband der Binnenhäfen (EVB). Vor Ort ist der BÖB mit regionalen Arbeitsgemeinschaften in allen wichtigen deutschen Wirtschaftsräumen vertreten. Spezielle Fachthemen werden in überregionalen Ausschüssen behandelt. Der BÖB ist kompetenter Ansprechpartner für die Politik auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene und kooperiert mit bedeutenden Wirtschaftsverbänden. Er bringt auf diesem Weg die Belange seiner Mitgliedsunternehmen in den politischen Meinungsbildungsprozess ein. Der BÖB erfüllt Aufgaben und verfolgt Ziele in folgenden Bereichen: Politik, Öffentlichkeit, Institutionen, Mitgliedsunternehmen.